Grundeinkommen und Rente

Vorbemerkung:

Bei unseren Gedanken konzentrieren wir uns auf ein System, bei dem das Grundeinkommen eingeführt wurde. Fragen zur Übergangsphase von dem Renten- zum Grundeinkommenssystem müssen separat beantwortet werden. Ein direkter Vergleich zwischen Renten- und Grundeinkommenssystem wäre wie ein Vergleich zwischen Birnen und Äpfeln.

Menschen, die mit fortgeschrittenen Alter aus der Erwerbsarbeit ausscheiden, möchten keinen massiven Einbruch ihrer Einkommen erleben. Wenn Menschen in den Ruhestand eintreten und plötzlich auf eine Mindestsicherung zurückfallen, empfinden sie sich oft als Arm. Dies kann auch passieren, wenn man jahrelang von einem Grundeinkommen und zusätzlich einem guten Gehalt leben konnte, dann aber nur noch 1.500,- Euro aus dem Grundeinkommen zur Verfügung hat. Menschen haben das Bedürfnis, ihren individuell erreichten Lebensstandard auch nach dem Ausscheiden aus der Erwerbsarbeit zu erhalten. Dies halten wir für ein vollig legitimes Bedürfnis. Wir halten es aber auch für legitim, wenn Menschen, die neben dem Grundeinkommen einen Arbeitslohn erhalten, einen Teil ihres Geldes in eine private Alterssicherung einzahlen.
Privat bedeutet hier nicht, dass sich Dritte an diesen Beträgen bereichern. Es sollte sich um ein staatliches System handeln. Aber es sollte sich nicht, wie bisher, um eine Struktur handeln, die Menschen ab einem bestimmten Alter in einen Ruhestand zwingt.

Starke Schultern sollen mehr tragen als schwache

Bei unserem bestehenden Umlageverfahren zahlt eine junge Generation Beiträge, aus denen die heutigen Renten finanziert werden. Heute sehen wir aber, dass die Aktivität und vor allem der Wunsch aktiv zu sein, mit zunehmendem Alter nicht rapide abnimmt. Wer heute das siebzigste Lebensjahr überschritten hat, gehört noch lange nicht zu „alten Eisen“ und ist auch nicht nur aufgrund seines Alters auf Hilfe angewiesen.
Bei einigen Berufen mag das noch der Fall sein. Doch die überwiegend körperlich anstrengenden Berufstätigkeiten werden im Zuge der Digitalisierung immer weniger werden, wie wir auch in unserer Modellberechnung darlegen. (Link)
Der Generationenvertrag ist überholt. Wir brauchen einen Vertrag zwischen Starken und Schwachen und nicht einen zwischen jüngeren und älteren Menschen.
Ein weiteres Risiko des Umlageverfahrens liegt in der Digitalisierung. Wie die Erhebungen der Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie der Forschungsbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in aller Deutlichkeit zeigen, werden sehr viele Arbeitsplätze verschwinden oder durch die Digitalisierung und Roboterisierung ersetzt werden. Wer soll dann in die Rentenkasse einzahlen? Es gibt keinen Generationenvertrag zwischen Mensch und Maschine. Eine Altersversorgung über Maschinen ist kein Umlage-, sondern ein Anlageverfahren.

Wenn aber unser jetziges Rentensystem weder gesellschaftlich tragbar noch wirtschaftlich finanzierbar ist, wie kann dann verhindert werden, dass Menschen in eine subjektiv empfundene Armut fallen? Selbstverständlich kann von Menschen, die neben dem Grundeinkommen einen Lohn erhalten erwartet werden, dass sie selbst Geld in ihre eigene Altersversorgung investieren. Daraus können sich aber zwei Probleme ergeben:

1. Der Zwang zur Arbeit

Es wird immer Menschen geben, deren Talente und Interessen von der Wirtschaft benötigt werden. Diese Menschen werden weiterhin gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Sie können für ihre Altersversorgung aufkommen.

Es wird jedoch auch immer eine große Zahl von Menschen geben, die größere Schwierigkeiten haben werden, eine Erwerbsarbeit zu finden. Gemeint sind hier vor allem hochqualifizierte und hochtalentierte Menschen. Der Beruf des Meteorologen wird zwar immer wichtiger werden. Trotzdem werden wenig Arbeitsplätze in diesem Bereich angeboten werden. Ähnlich verhält es sich mit Theologen, Geologen, und vielen anderen Berufen, die eine hohe Qualifikation und sehr hohes Engagement verlangen. Und wie steht es um die Künszlerinnen und Künstler?

Wollen wir von diesen Menschen verlangen, dass sie Jobs in Call-Centern annehmen, wie es heute oft der Fall ist? Und das nur, um in eine veraltetes und ineffektives System einzuzahlen? Unserem Ideal des freien und emanzipierten Menschen kann das nicht entsprechen.

2. Die lachenden Dritten

Zur Zeit wird von allen Seiten in das gleiche Horn geblasen: „Riester muss weg!“ Auch wir denken, dass sich die Riester-Rente als absolut ineffektiv erwiesen hat und vor allem dazu genutzt wurde, dass sich Banken, Versicherung und Privatunternehmer bereichern konnten. Und dies alles zu Lasten ärmerer Menschen, denen diese Rente als große Chance verkauft wurde. Die Riester-Rente ist nicht reformierbar. Es ist absurd dieses längst verendete Pferd weiterhin reiten zu wollen.

Und doch darf uns dieses negative Beispiel nicht davon abhalten, über eine durch staatliche Zulagen und durch Sonderausgabenabzug geförderte, grundsätzlich privat finanzierte Rente nachzudenken. Dieses System muss keineswegs unsozial sein. Es bringt uns nichts, wenn wir nur an das Gestern denken. Wir können aus den Fehlern von Gestern lernen.

Wenn sich in Deutschland eine Regierung gebildet hat, die das bedingungslose Grundeinkommen fördern und durchsetzen will, werden automatisch den Heuschrecken und Profiteuren stärkere Bremsen angelegt.

Warum nicht von anderen lernen?

Das Norwegen einen unheimlich hohen Lebensstandard besitzt, dürfte allen bekannt sein. Der Grund dafür liegt natürlich zum großen Teil in den Ölvorkommen und anderen Rohstoffen. Aber Norwegen beugt für die Zeit danach vor und legt einen Großteil der Öleinnahmen in einem eigenen Staatsfonds an, welcher den hohen Lebensstandard beibehalten soll. Dieser Staatsfonds ist für viele Anleger so etwas wie ein Vorbild in der Geldanlage bzw. Altersvorsorge geworden.

Ein Staatsfonds ist etwas für die vorsichtigeren Anleger, da nicht komplett in Aktien (und somit Investmentfonds) investiert wird. Die Streuung kann extrem breit sein. Am besten natürlich in nachhaltige, klimaschonende und faire Unternehmungen, die dadurch gleichzeitig gefördert werden können.

Selbstverständlich verdienen auch private Unternehmer, Vermittler, Berater, Banken und Versicherungen an solchen Staatsfonds. Warum sollen sie nicht? Doch auch diese Gewinne können gedeckelt werden. Zudem kann verpflichtend sein, einen wesentlichen Teil der Gewinne dem Allgemeinwohl zur Verfügung zu stellen.

Sind Staatsfonds gerecht?

Da nach der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht nur die heutigen Renten, sondern auch die Pensionen wegfallen und durch das bGE ersetzt werden, können auch Beamte in dieses System einzahlen. Insgesamt können sich Überschüsse ergeben, die anteilig in die Unterstützung bedürftiger Menschen zurückließen können.

Wie wir schon sagten, wird es immer Berufe geben, die weniger benötigt werden, als andere. Sollen wir ihr Engagement, ihre Lernbegeisterung und Hingabe dadurch strafen, dass sie im Alter sehr viel weniger Geld zur Verfügung haben, als andere Menschen, deren Talente von der Volkswirtschaft mehr gefragt sind? Ein Staatsfonds, der mit einem großen Teil seiner Überschüsse diese entstehende Lücke zu füllen hilft, kann nicht ungerechter sein, als ein Fortführen unseres heutigen nicht mehr finanzierbaren Rentensystems.

Grundeinkommen und gerechte Altersversorgung

Das bedingungslose Grundeinkommen schließt eine gerechte Altersversorgung mit ein. Unser heutiges Rentensystem steht jedoch immer vor der Wahl des kleineren Übels. Wollen wir die alten Menschen zulasten der jungen versorgen, oder wollen wir die Jungen fördern und dabei unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger immer stärker belasten?

Seit der Corona-Krise ist immer öfter von einem Triage-System auf Intensivstationen zu hören. Wen lass ich leben? Wen opfer ich?

Unser heutiges Rentensystem ist so eine Intensivstation geworden. Aber in ihm werden keine Kranken und Pflegebedürftige behandelt. Es werden in unserer Renten-Intensivstation gesunde Menschen eingewiesen, nur um das System zu erhalten.

Ein bedingungslosers Grundeinkommen ist für uns die einzige Lösung. Wir dürfen nicht immer weiter nur an der einen oder anderen Stellschraube drehen, nur um ein veraltetes und inzwischen sogar menschenunwürdiges System zu erhalten.